



Denkzettel

GdP



Informationsdienst der GdP-Bezirksgruppe Berlin Direktion 4 (Südwest)

Hilfloser Innensenator

Mehr Personal im öffentlichen Dienst und Besoldungsperspektive

Nummer

142/2015

03.12.2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„der Berliner Innensenator wirkt hilflos angesichts der dramatischen Personalnot, die inzwischen in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes von Berlin zu beobachten ist“, kommentiert die Vorsitzende des DGB Berlin, Doro Zinke, ein aktuelles Gesetzgebungsvorhaben, mit dem die Reaktivierung von bereits pensionierten Beamten erleichtert werden soll. „Jahrelang konnte der Senat Beschäftigte des öffentlichen Diensts nicht früh genug durch den Ruhestand loswerden. Hauptsache die Personalkostenquote sinkt. Jetzt ist die Personalnot so groß, dass sogar Pensionäre und Rentner wieder zurückgeholt werden müssen“, kritisiert Zinke die kurzfristige Politik der vergangenen Jahre. „Die Beschäftigten des LAGeSo arbeiten seit Monaten unter zum Teil unzumutbaren Zuständen weit über ihre Belastungsgrenzen hinaus, um den Flüchtlingen zu helfen. Eine Entlastung der Beschäftigten begrüßen wir daher ausdrücklich. Aber das Stopfen von Personallöchern im LAGeSo mit Beschäftigten aus anderen Dienststellen oder Pensionären und Rentner kann allenfalls eine kurzfristige Übergangslösung sein“, so Zinke weiter.

Der DGB fordert für Berlin eine strategische Personalbedarfsplanung, die sich an den notwendigen Aufgaben orientiert und dabei sowohl den altersbedingten Personalabgang als auch den zusätzlichen Personalbedarf durch die wachsende Stadt berücksichtigt. Ein Personalgewinnungskonzept müsse auch eine bessere Bezahlung für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einschließen. Bei der Beamtenbesoldung ist Berlin bundesweit Schlusslicht. Berlin brauche daher (analog zum Tarifbereich) einen verbindlichen Fahrplan zur Schließung der Besoldungslücke bis 2017.

Der derzeitige Personalnotstand in weiten Teilen der Berliner Verwaltung sei ein überwiegend „hausgemachtes“ Problem, das vor allem auf den Jahrzehnte andauernden Personalabbau zurückzuführen sei, so der DGB. „Tatsache ist, dass wir bereits seit längeren eigentlich einen höheren Personalbedarf in Berlin haben. Die schlechte Personalausstattung ist durch die stark gestiegene Zahl von Asyl- und Schutzsuchenden nur überdeutlich zu Tage getreten“, sagte die DGB-Vorsitzende weiter. Die vielfach zu dünne Personaldecke lasse sich nicht mehr länger durch Mehrarbeit und Engagement der Kolleginnen und Kollegen kompensieren. Engpässe bei der Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen in ausreichender Quantität und guter Qualität seien bereits alltäglich, wie das Beispiel der Bürgerämter klar belege.

Der DGB hatte bereits im November 2013 auf die dramatische Personalsituation im öffentlichen Dienst von Berlin hingewiesen und mit dem DGB-Positionspapier „Verlässliche öffentliche Dienstleistungen für die Menschen in Berlin – Vom Personalabbau zur Personalgewinnung“ konkrete Maßnahmen eingefordert.

Impressum (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes - v.i.S.d.P.): Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Berlin, Bezirksgruppe Direktion 4 (Südwest) Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin (Geschäftsstelle Landesbezirk Berlin), Tel.: 21 00 04 - 0, Fax: 21 00 04 - 29, mail: info@gdp-dir4.de, www.gdp-berlin.de

Eine Reaktion auf diese Zustandskritik ließ nicht lange auf sich warten. Die kritisierte Personalknappheit und die angeprangerte Besetzungslücke bezeichnete Berlins CDU-Innenstaatssekretär Bernd Krömer als inhaltlich absurd und schlechten Witz. Mit der CDU gebe es seit 2011 bei der Personalpolitik im Land Berlin eine Trendumkehr, die der DGB offensichtlich verpasst habe. Die CDU hätte sich im Senat durchgesetzt und dafür gesorgt, dass das Personal in zentralen Bereichen wächst. Bis zum Ende der Legislaturperiode würde es allein bei der Polizei rund 1.000 zusätzliche Stellen im Vollzug und Objektschutz geben.

Bei der GdP Direktion 4 stießen die Worte des Innenstaatssekretärs auf Kritik. GdP-Dir4-Vorstandsmitglied Jens Raue wies darauf hin, dass die zusätzlichen Stellen im Objektschutz gerichtlich erzwungen worden waren. Auch die zusätzlichen Stellen beim Vollzug würden bereits von der stark wachsenden Bevölkerung Berlins absorbiert werden. „Wenn der Senat weitsichtige Politik betreibt, dann ist uns ja in der Direktion 4 mit den Flüchtlingsunterkünften und insbesondere mit dem ehemaligen Flughafen nicht bange. Wir dürfen getrost davon ausgehen, dass die Direktion 4 und insbesondere den A 44 zur Bewältigung der mit den Flüchtlingsunterkünften verbundenen Aufgaben alsbald zahlreiche neue Kolleginnen und Kollegen erreichen werden“, erklärte Raue schmunzelnd. Um die dienstliche Reaktivierung von Ruheständlern tatsächlich als temporäre Notlösung zu begrenzen, seien für das jetzt vorgelegte Gesetz zwingend Steuerungselemente notwendig. Der Einsatz von Reaktivierten müsse den Senat letztlich derart teuer zu stehen kommen, dass sich hier kein Dauerzustand einschleichen könne.



In der GdP Direktion 4 hatte sich Beamtenrechtsexperte **Jens Raue** (A 44) mit dem Gesetzentwurf befasst und auf dringende Regelungselemente hingewiesen:

- (1) Die Personalknappheit in einer Dienststelle, in der Ruheständler eingesetzt werden sollen, ist zu begründen und in neuen Stellen zu hinterlegen, die dann sukzessive von neuen Dienstkräften zu besetzen sind.
- (2) Ruheständler sollten grundsätzlich nicht zu Nacht- und Wochenenddiensten herangezogen werden dürfen.
- (3) Die Vergütung der Ruheständler muss um einen bestimmten Faktor erhöht werden, damit sich der Senat auf seiner jahrelangen Personalmisswirtschaft nicht ausruhen kann und der Einsatz von Ruheständlern zu einem Dauerzustand verkommt. Jede Arbeitsstunde eines Ruheständlers muss diesem Senat wehtun. Jeder reaktivierte Ruheständler muss Personalbedarf begründen.

Bildquelle: GdP

Mit freundlichen Grüßen
Der Bezirksgruppenvorstand

Wertschätzung für
Sicherheit und Ordnung.